

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

69. Sitzung
30. April 2026

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.08 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Trifft es zu, dass die als erfolgreiche Ergänzung zu den landesweiten Aktivitäten der Stiftung Grundbildung vorhandenen bezirklichen Alpha-Bündnisse zum Ende des Jahres 2026 eingestellt werden und zukünftig der zentralen Koordinierung der Stiftung Grundbildung unterliegen sollen?“
(Fraktion der SPD)

- „Da wachsen kleine Hardcore-Muslime, Mini-Islamisten heran. Und die Politik hat bis jetzt noch keine effektiven Mittel gegen diese Entwicklung gefunden.“ Das berichteten ihm zahlreiche Arche-Erzieher, so Wolfgang Büscher der Sprecher der Berliner Arche gegenüber dem Magazin ‚Focus‘. Wie will der Senat effektiv gegen islamistisches Mobbing an Schulen und das Vordringen des politischen Islam an Bildungseinrichtungen in Berlin vorgehen?“
(AfD-Fraktion)
- „Welche Auswirkungen sieht der Senat auf die betroffenen Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung, wenn die unter der Überschrift ‚Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen‘ von Bundesregierung, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gemachten Vorschläge in Berlin umgesetzt werden?“
(Fraktion Die Linke)
- „Welche Rolle spielt die 3. Schulgesetz-Novelle, um den Übergang in die Sekundarstufe I, also den Übergang von der 6. in die 7. Jahrgangsstufe, transparenter, schneller und unbürokratischer zu gestalten?“
(Fraktion der CDU)

Mündlich wird folgende Frage gestellt:

„Ich nehme Bezug auf die Berichterstattung zur Entschuldigung der Senatorin bei Oziel Inácio-Stech. Was konkret hat die Senatorin zu Ihrem Sinneswandel geführt?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) beantwortet diese sowie die mündlichen Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe. Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Weiß (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiß (AfD) mit der Kandidatur fest.

Die AfD-Fraktion beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl vor, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Frau Abg. Kittler (LINKE) werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Frau Abg. Dr. Wein (CDU) werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Frau Abg. Dr. Wein (CDU) und Frau Abg. Kittler (LINKE) nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 19 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 17 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen sowie keine Enthaltungen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiß (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0399](#)
Standards beim Kinderschutz in ASOG-Unterkünften
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0427](#)
Mehr Kinderschutz und Perspektive: Was tut der Senat für Kinder und Jugendliche, die in Wohnungslosenunterkünften (ASOG) leben?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0164](#)
Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0269](#)
Aktueller Stand sowie Maßnahmen zur Integration für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung am 14.11.2024

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Punkte 3 c) und 3 d) bereits auf der Tagesordnung der 45. Sitzung am 14. November 2024 standen und zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt wurden. Dieses Wortprotokoll liegt vor.

Frau Abg. Usik (CDU) und Herr Abg. Freier-Winterwerb (SPD) begründen den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) der Tagesordnung.

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Zu den Punkten 3 a) und 3 b) der Tagesordnung nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Marie Albrecht und Frau Adriana Schönauer, ehemalige Masterstudentinnen an der Alice Salomon Hochschule Berlin, die an der Studie „Die Lebenssituation wohnungsloser Menschen in Berliner ASOG-Unterkünften“ mit dem Schwerpunkt Kinderschutz mitgeforscht haben,
- Frau Manja Finnberg, Koordinatorin Bezirkliches Netzwerk für Alleinerziehende Marzahn-Hellersdorf, Frauenzentrum Marie e.V.,
- Herr David Klässig, Fachreferent für Armut, Wohnen und Straffälligkeit, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.,
- Herr Clemens Müller, Fachbereichsleiter und Einrichtungsleiter des Wohnheims für Wohnungslose, Unionhilfswerk Soziale Dienste gGmbH,
- Herr Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt, Leiter des Geschäftsbereichs Soziales und Gesundheit, Bezirksamt Neukölln von Berlin.

Frau Finnberg nimmt digital an der Anhörung teil.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Frau Buch (SenBJF) und Frau Dr. Rehse (SenASGIVA) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach der Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungen zu den Punkten 3 a), 3 b), 3 c) und 3 d) abzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2944
**Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits-
und Ordnungsgesetzes und des Gesetzes zur
Errichtung eines Landesamtes für
Flüchtlingsangelegenheiten**

[0408](#)
BildJugFam
InnSichO(f)
IntGleich

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2944 – anzunehmen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0426](#)
Berliner Jugendstrategie und Jugend-Check: BildJugFam
Kommt da noch was?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Auf Bitte von Herrn Abg. Krüger (GRÜNE) sagt Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) einen schriftlichen Bericht zu diesem Punkt zu.

Im Übrigen beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu Punkt 5 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0197](#)
Drucksache 19/1159 BildJugFam
Einstürzende Jugendbauten? –
Sanierungsprogramm für Kinder- und
Jugendfreizeiteinrichtungen jetzt!

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag – Drucksache 19/1159 – auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „30. August 2026“ abzulehnen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der [0173](#)
Fraktion Die Linke BildJugFam(f)
Drucksache 19/0985 BuEuMe*
Kindergrundsicherung endlich umsetzen –
Bundratsinitiative starten

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 7 der Tagesordnung die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien vorliegt. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD

gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke den Antrag – Drucksache 19/0985– abzulehnen.

Ohne Begründung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag – Drucksache 19/0985 – abzulehnen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste 70. Sitzung findet am Donnerstag, dem 28.05.2026, um 14.00 Uhr, statt.

Die Vorsitzende

Die amtierende Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Regina Kittler